

**TÜRKEI BULLETIN 17/17**

Berichtszeitraum: 01. - 17. September 2017

Inhalt: Cumhuriyet-Journalisten weiterhin in Haft – Şık erhält Raif-Badawi-Preis, Tumultartiger Prozessbeginn im Fall der hungerstreikenden Dozenten, Referendum in Kurdistan rückt näher – Erdoğan droht mit Konsequenzen, Rechter Mob attackiert kurdische Beerdigung, Neue Hoffnung für die türkischen Wassermelonen-Erzeuger, Türkischer Immobilienmarkt: Deutliche Preissteigerungen

Überblick

Die deutsch-türkischen Beziehungen kommen nicht zur Ruhe. Nachdem die Türkei im TV-Duell zwischen Kanzlerin Angela Merkel und ihrem Herausforderer Martin Schulz eines der Topthemen bildete, erklärte Merkel, dass neben einem Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen auch eine Aussetzung denkbar sei: „Es gibt auch die Möglichkeit, die Verhandlungen per Mehrheitsbeschluss zu suspendieren. Ich bin dafür, dass wir alle Optionen abwägen.“ Merkel will die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beim EU-Gipfel im Oktober thematisieren. Über einen kompletten Abbruch müssten alle 28 Mitgliedsstaaten einstimmig entscheiden, was aufgrund des Widerstands einzelner Länder derzeit aussichtslos erscheint. Für eine Aussetzung der Verhandlungen, die auch den Stopp der Beitrittshilfen bedeuten würde, müssten nur 16 der 28 Mitglieder votieren, sofern diese Staaten mindestens 65% aller Bürger der Union vertreten.

In einer vom türkischen Außenministerium veröffentlichten „Reisewarnung für die Bundesrepublik Deutschland“ ermahnt die türkische Regierung in Deutschland lebende Türken und türkische Bürger, die dorthin reisen wollen, generell zur „Vorsicht“. Insbesondere sollten sich Türken in Deutschland „nicht auf politische Debatten einlassen“, „sich von Wahlkampfveranstaltungen politischer Parteien und von Plätzen fernhalten“, wo Kundgebungen oder Demonstrationen stattfinden, die von „Terrororganisationen organisiert oder unterstützt und von den deutschen Behörden geduldet werden“. Bei der „Reisewarnung“ handelt es sich augenscheinlich um eine Retourkutsche Ankaras für die Bundesregierung, die Mitte Juli einen Kurswechsel gegenüber der Erdoğan-Regierung vorgenommen und die Reisehinweise für die Türkei verschärft hatte. Zur Begründung wird angegeben, dass die politische Atmosphäre in Deutschland zunehmend von einem „rechtsextremen, gar rassistischen Diskurs“ geprägt sei. So führten die politischen Führer einen Wahlkampf, der auf „Türkeifeindlichkeit“ gegründet sei.

Einer der Anwälte des sozialdemokratischen Oppositionsführers Kemal Kılıçdaroğlu ist im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Gülen-Bewegung, in der Türkei heutzutage stets kurz als „FE-TÖ“ deklariert, festgenommen worden. Celal Çelik werden Verbindungen zur Gülen-Bewegung vorgeworfen, die für den Putschversuch vom Juli 2016 verantwortlich gemacht wird. Die vorgelegten „Indizien“ hierfür erscheinen aber eher hanebüchen: Çelik habe sein Abonnement des TV-Anbieters Digitürk gekündigt, nachdem dieser Gülen-nahe Fernsehkanäle aus seinem Angebot gestrichen hatte. Die Polizei hat Çelik in Ankara in Gewahrsam genommen, nachdem zuvor seine Wohnung durchsucht worden war. Çelik vertritt juristisch sowohl Kılıçdaroğlu als auch die größte Oppositionspartei des Landes, die Republikanische Volkspartei/CHP, der Kılıçdaroğlu vorsteht; er ist zugleich Mitglied des Disziplinarkomitees der Partei. „Das zu akzeptieren, ist nicht möglich“, kommentierte CHP-Sprecher Bülent Tezcan die Verhaftung.

Rund 14 Monate nach dem vereitelten Putschversuch droht die türkische Regierung fast 100 weiteren, von den Behörden als Verdächtige behandelten türkischen Bürgern im Ausland mit der Ausbürgerung. Im Amtsblatt wurde eine Liste des Innenministeriums mit Namen und anderen persönlichen Daten von 99 Türken veröffentlicht, denen die Staatsbürgerschaft aberkannt werden kann, wenn sie

nicht binnen drei Monaten in die Heimat zurückkehren und sich den Behörden stellen. Ankara hatte im Januar 2017 ein Notstandsdekret erlassen, das den Entzug der Staatsbürgerschaft bei schweren Straftaten mit einer Vorwarnfrist von drei Monaten ermöglicht, wenn sich Verdächtige im Ausland aufhalten. Im Juni bereits hatte das Innenministerium eine erste Liste mit 130 Namen veröffentlicht, darunter auch der des in den USA lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen, dem Ankara vorwirft, den Putschversuch vom 15. Juli 2016 angeordnet zu haben.

Das NATO-Mitglied Türkei kauft von Russland das Raketenabwehrsystem S-400. Der Vertrag sei nun unterzeichnet und eine Anzahlung sei auch schon erfolgt, so Präsident Erdoğan. Es ist der größte jemals geschlossene Rüstungsdeal eines NATO-Staates mit Russland. Die USA hatten die Pläne zuvor kritisiert und gewarnt, es gebe bei der Verwendung russischer Technologie womöglich Schwierigkeiten bei der militärischen Zusammenarbeit innerhalb der transatlantischen Allianz. Unterdessen hat Ankara den weitgehenden Stopp deutscher Rüstungsexporte in die Türkei im Zuge der politischen Krise zwischen beiden Ländern als Rückschlag im Kampf gegen den Terrorismus kritisiert. „Deutschland sollte Sicherheitsangelegenheiten aus politischen Diskussionen heraushalten“, so EU-Minister Ömer Çelik. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hatte zuvor mitgeteilt, dass die Bundesregierung fast alle Rüstungsexporte dorthin aufs Eis gelegt habe. Doch trotz der bilateralen Krise hat die deutsche Regierung seit Jahresbeginn den Export von Rüstungsgütern im Gesamtwert von mehr als 25 Mio. Euro in die Türkei genehmigt. Das geht aus einer Bundestagsanfrage der Grünen hervor.

Das türkische Innenministerium hat verfügt, dass ab sofort bei militärischen Trauerzeremonien der berühmte Trauermarsch („Marche funèbre“) von Frédéric Chopin durch das „Segah Tekbir“ des osmanisch-türkischen Musikers und Komponisten Buhurizade Mustafa Itri (1640-1712) ersetzt wird. Der Trauermarsch von Chopin war seit den Anfangsjahren der Türkischen Republik Standardrepertoire der Militärkapellen. Der ehemalige Präsident der Religionsbehörde Diyanet, Mehmet Görmez, hatte sich zuvor schon für die Nutzung von Itris Werk bei militärischen Traueranlässen eingesetzt. Der Vorsitzende einer Kriegsveteranenstiftung hatte im April erklärt, der „Trauermarsch eines Ausländers“ passe nicht für „unsere Märtyrer“.

Neuer Präsident der einflussreichen staatlichen Religionsbehörde Diyanet ist Prof. Dr. Ali Erbaş, Rektor der Yalova Universität. Erbaş folgt Görmez, der im August nach siebenjähriger Amtszeit überraschend zurückgetreten war. Die Behörde, deren Budget die Etats von zwölf anderen Ministerien übersteigt, hat in der Ära Erdoğan viel an Einfluss gewonnen. Zuletzt wurde der Behörde vorgeworfen, über ihre nachgeordnete Organisation DITIB türkischstämmige Bürger im Ausland für die türkische Regierung bespitzelt zu haben.

Cumhuriyet-Journalisten weiterhin in Haft – Şik erhält Raif-Badawi-Preis

Die sechs inhaftierten Mitarbeiter der regierungskritischen Zeitung „Cumhuriyet“ bleiben weiterhin in Haft, so die Entscheidung des Gerichts am 11. September. Unter den Inhaftierten befinden sich u.a. der Chefredakteur der Zeitung, Murat Sabuncu, Herausgeber Akın Atalay, der renommierte Kolumnist Kadri Gürsel und der Investigativjournalist Ahmet Şik. Die nächste Anhörung wurde für den 25. September angesetzt.

Den Mitarbeitern und Journalisten wird vorgeworfen, diverse terroristische Gruppen, darunter die kurdische PKK, die linksextremistische DHKP-C und die Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen unterstützt zu haben. Die Angeklagten wiesen die Anschuldigungen erneut zurück und warfen der Regierung vor, eines der letzten unabhängigen und kritischen Blätter des Landes zum Schweigen bringen zu wollen. Insgesamt sind in dem Gerichtsverfahren 17 Mitarbeiter und Journalisten der Zeitung, darunter der im deutschen Exil lebende Ex-Chefredakteur Can Dündar, angeklagt. Den Angeklagten drohen Haftstrafen bis zu 43 Jahren.

Unterdessen wurde bekannt, dass der inhaftierte Investigativjournalist Ahmet Şik den von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vergebenen „Raif-Badawi-Preis für engagierten und mutigen Journalismus“ erhält. Man habe sich für Şik als Preisträger entschieden „aufgrund seiner herausra-

genden Bedeutung für die freien Medien in der Türkei und stellvertretend für alle Journalisten, die derzeit in der Türkei im Gefängnis sitzen“, teilte die Jury mit. Er sei „ein Mann klarer Worte, der in schwierigen Zeiten für die Ausübung seines Berufs kämpft und lautstark auf Missstände hinweist. Das verdient Respekt und Anerkennung.“ Şık, der schon 2011 für sein Gülen-kritisches Buch inhaftiert worden war, sitzt seit dem 29. Dezember 2016 erneut in Untersuchungshaft. Der vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels unterstützte Preis wird am 11. Oktober auf der Frankfurter Buchmesse verliehen.

Tumultartiger Prozessbeginn im Fall der hungerstreikenden Dozenten

Die seit ca. 200 Tagen im Hungerstreik befindlichen Lehrer Nuriye Gülmen und Semih Özakça durften nicht an der Eröffnung ihres Gerichtsverfahrens vor einer Gerichtskammer für schwere Straftaten in Ankara teilnehmen. Aus „Gesundheitsgründen“ und wegen der Sicherheit, hieß es offiziell. Die Richter entschieden kurz nach Beginn des Verfahrens, dass beide in Haft bleiben müssen. Sie hätten ohnehin kein eigenes Plädoyer halten können. Beide Angeklagten liegen in einem Krankenhaus im Gefängnis von Sincan (Prov. Ankara), unweit der türkischen Hauptstadt. Ihren Hungerstreik hatten Gülmen und Özakça im März dieses Jahres aus Protest gegen ihre Entlassung aus dem Staatsdienst begonnen. Als ihre Aktion immer größere Aufmerksamkeit in Teilen der Gesellschaft fand, wurden sie unter dem Vorwurf des Terrorismus in Untersuchungshaft genommen. Kritiker nehmen an, die Regierung fürchte angesichts der Solidarisierung mit Gülmen und Özakça einen gesellschaftlichen Aufruhr wie bei den Protesten um den Gezi-Park im Sommer 2013. Auch Özakças Ehefrau Esra ist seit der Festnahme ihres Mannes im Hungerstreik und steht seit Juli unter Hausarrest. Gülmen und Özakça müssen sich wegen Mitgliedschaft in der verbotenen DHKP-C verantworten, einer linksextremistischen Terrorgruppe. Viele linke Oppositionsgruppen haben sich mit Gülmen und Özakça solidarisiert; in den vergangenen Monaten gab es im Zentrum der türkischen Hauptstadt fast täglich Kundgebungen zu ihrer Unterstützung.

Zu Prozessbeginn in Ankara trieben Polizisten am vergangenen Donnerstag (14.09.) vor dem Justizpalast mehrere hundert Unterstützer der beiden Lehrer auseinander. Die Polizei setzte laut Augenzeugen Tränengas und Schlagstöcke ein, um die Menge, die immer wieder „Nuriye und Semih sind nicht allein!“ skandierte, zu zerstreuen. Im Gebäude selbst wurden Besucher, die den Prozessbeginn verfolgen wollten, vor dem Gerichtssaal über die Treppen zum Ausgang hinuntergedrängt. Der Gerichtssaal soll laut Augenzeugenberichten viel zu klein für den Andrang gewesen sein. Abgeordnete der oppositionellen CHP und HDP wollten zu den Anhängern der Angeklagten sprechen, wurden jedoch von den Sicherheitskräften daran gehindert. Polizisten sollen mindestens 24 Menschen festgenommen haben. Eine stattliche Zahl von Anwälten soll gleichwohl den ersten Verhandlungstag verfolgt haben. Mehr als 1000 Anwälte erklärten sich mittlerweile bereit, die beiden Lehrer zu verteidigen. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor Gülmens und Özakças Anwälte aus dem linksorientierten „Rechtsbüro des Volkes“ (türk. Halkın Hukuk Bürosu, kurz: HHB) festnehmen lassen. Das hat die Unterstützung für die beiden Lehrer offenbar nur wachsen lassen. Die Anwaltsvereinigung selbst teilte mit, die Festnahmewelle zwei Tage vor Prozessbeginn habe insgesamt 18 Anwälten gegolten, von denen mindestens 13 festgenommen worden seien. Andere Mitglieder des HHB übernahmen die Verteidigung.

Die Anklageschrift geht auf die Entlassung der Literatur-Dozentin Gülmen und des Grundschullehrers Özakça nicht ein. Beide verloren ihre Anstellung im Zuge der Notstandsdekrete, mit deren Hilfe Staatschef Erdoğan seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 den Beamtenapparat „säubern“ lässt. In einer Parlamentsdebatte Ende Mai behauptete Innenminister Süleyman Soylu, Gülmen und Özakça seien seit 2012 Mitglieder der linken Terrorgruppe DHKP-C. Kritiker sehen den Prozess als eine „Farce“, die die Vorverurteilung seitens des Innenministers nur bestätigen solle. Die Staatsanwaltschaft beantragte 20 Jahre Haft für jeden der Angeklagten. Gülmen konnte bei ihrer Verhaftung im Mai bereits nicht mehr ohne Unterstützung gehen. Özakça soll mittlerweile erhebliche Sehstörungen haben. Beide nehmen neben Wasser auch Zucker und Vitamine zu sich.

Für das Erdoğan-Regime wird der Fall Gülmen-Özakça immer mehr zu einem Problem. Beider Entlassung aus dem Staatsdienst rückgängig zu machen, ist für die Regierung undenkbar. Dann würden zusätzliche Zweifel an der Entlassung von bisher knapp 150.000 Staatsbediensteten bzw. am Kampf gegen angebliche Verschwörer im Inneren genährt werden.

Referendum in Kurdistan rückt näher – Erdoğan droht mit Konsequenzen

Das Parlament der Autonomen Region Kurdistan (ARK) hat den Weg für ein Unabhängigkeitsreferendum am 25. September frei gemacht. Bei ihrer Sitzung votierten die Abgeordneten der nordirakischen Region trotz der Kritik der Zentralregierung in Bagdad mit großer Mehrheit dafür, die Bevölkerung über den künftigen Status der Region abstimmen zu lassen. Laut Vize-Parlamentspräsident Jaafar Emniki votierten 65 der 68 anwesenden Abgeordneten für das Vorhaben. Nach der Abstimmung erhoben sich die Parlamentarier von ihren Sitzen und stimmten die Kurdenhymne an. Mehrere schwenkten unter Beifall kurdische Fahnen. Der Präsident der ARK, Massoud Barzani, hatte eine Verschiebung zuletzt ausgeschlossen. „Bis zu diesem Tag haben wir keine Alternative erhalten, die das Referendum ersetzen könnte. Also wird es wie geplant stattfinden“, sagte Barzani auf einer Kundgebung in Amedi, nahe der Grenze zur Türkei. Barzani warf Bagdad vor, die „Partnerschaft“ mit Kurdistan zerstört zu haben. „Wir lehnen es ab, ihre Diener zu sein“, sagte er vor jubelnden Anhängern.

Die Volksabstimmung stößt auf starken Widerstand der irakischen Zentralregierung. Als Zeichen seiner unnachgiebigen Ablehnung entfernte das irakische Parlament den Gouverneur der Region Kirkuk aus seinem Amt, da Nadschmeddin Karim zuvor entschieden hatte, die Durchführung des Unabhängigkeitsreferendums auch in seiner - ethnisch sehr heterogenen - Provinz zu gestatten. Die Teilnahme von Kirkuk an der Abstimmung ist besonders umstritten. Die ölreiche Provinz untersteht der Zentralregierung, wird aber auch von der ARK beansprucht. Neben Kurden leben dort große arabische und turkmenische Bevölkerungsgruppen. Die 173 anwesenden Parlamentsabgeordneten in Bagdad votierten einstimmig für die Amtsenthebung des Gouverneurs und kamen somit dem Wunsch des irakischen Ministerpräsidenten Haidar al-Abadi nach. Abadi wies das Referendum als verfassungswidrig zurück.

Der Iran und die Türkei lehnen das Referendum ebenfalls ab, da sie befürchten, dass ein unabhängiges Kurdistan Separatisten in ihren eigenen Grenzen Auftrieb geben könnte. Die Verhinderung eines souveränen Kurdistan aus Angst vor Abspaltungsbewegungen im eigenen Land ist türkische Staatsräson. Erdoğan erklärte, wenn die Kurden ihre Pläne weiter vorantrieben, werde das seinen Preis haben. Details einer möglichen Konsequenz nannte er nicht. Einige Wochen zuvor hatte auch schon Devlet Bahçeli, Chef der nationalistischen Oppositionspartei MHP, gedroht, das Referendum könne Grund genug sein für eine Kriegserklärung Ankaras an Erbil. Auch Binali Yıldırım, türkischer Premier auf Abruf, machte klar, was Ankara von dem Referendum hält: „Die Volksabstimmung in der ARK ist für unser Land eine Sache der nationalen Sicherheit. Wir werden diesbezüglich alle notwendigen Schritte einleiten, niemand sollte daran zweifeln.“ Auch die USA lehnen das Referendum ab. Das Weiße Haus rief die Regionalregierung in Erbil dazu auf, die Abstimmung abzusagen und mit Bagdad in den Dialog zu treten. Das Referendum lenke von den Bemühungen ab, die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu bekämpfen. Berlin sieht die kurdischen Bestrebungen ebenfalls kritisch. Die territoriale Integrität des Irak sei ein hohes Gut, erklärte ein Regierungssprecher.

Rechter Mob attackiert kurdische Beerdigung

Der Angriff eines nationalistischen Mobs auf eine kurdische Beerdigung in Ankara sorgte parteiübergreifend für Empörung. Hunderte Menschen hatten Medienberichten zufolge die Beerdigung der Mutter von Aysel Tuğluk, inhaftierte stellvertretende Vorsitzende der prokurdischen Partei HDP, attackiert. Die Angreifer hätten Steine geworfen und neben Allah-u akbar-Rufen auch volksverhetzende Slogans wie „Wir lassen hier keine Terroristen bestatten“ oder „Wir wollen hier keine Armenier“ gerufen. Augenzeugenberichten zufolge hätte die Polizei nicht eingegriffen, so dass die Trauernden gezwungen waren, den Leichnam wieder zu exhumieren, um eine Schändung seitens der Angreifer zu

verhindern. Die HDP-Abgeordnete Dirayet Taşdemir sagte, die Familie habe entschieden, die Beerdigung nicht in Ankara, sondern in der südosttürkischen Provinz Tunceli abzuhalten.

Frau Tuğluk sitzt seit Monaten wegen Terrorvorwürfen in Untersuchungshaft. Sie hatte eine Sondererlaubnis erhalten, um an der Beerdigung ihrer Mutter teilzunehmen. „Es ist nicht möglich, diesen Vorfall zu akzeptieren. Das ist ein sehr hässlicher Vorfall“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Bekir Bozdağ. Der Gouverneur von Ankara versuchte indes, den Vorfall herunterzuspielen und sprach von lediglich 20-25 Angreifern. Die HDP nannte den Vorfall einen „rassistischen Angriff“, für den die islamisch-konservative Regierung verantwortlich sei. Diese spalte das Land. Der Chef der größten Oppositionspartei, Kemal Kılıçdaroğlu, warf der AKP ebenfalls vor, das Land zu polarisieren. „Wir verlieren unsere Menschlichkeit“, sagte er und machte die politische Führung für das Klima im Land verantwortlich.

Neue Hoffnung für die türkischen Wassermelonen-Erzeuger

Die Türkei ist der zweitbedeutendste Melonenproduzent am Weltmarkt – nach China. Jährlich werden 5,6 Mio. Tonnen Wasser- und andere Melonen produziert, was den jährlichen Verbrauch auf dem Binnenmarkt (4,9 Mio. Tonnen) deutlich übersteigt. Nur 55.000 Tonnen werden derzeit in andere europäische Länder exportiert. Alljährlich kommt es so zu einer „Melonenschwemme“, zu einer Überproduktion, die die Erzeuger aufgrund des Preisverfalls allzu oft dazu veranlasst, die produzierten Melonen einfach auf den Feldern verrotten zu lassen.

Nun gibt es jedoch positive Signale für mögliche Steigerungen des Wassermelonenabsatzes. Forschungen zweier Universitäten in der wichtigen Produktionsregion um Adana haben ergeben, dass ein aus Wassermelonen erzeugter Sirup hervorragend als Heilmittel in der Medizin eingesetzt werden kann. Entsprechende Patente wurden bereits eingereicht. Die aus Wassermelonen erzeugte „Super-Melasse“ enthält u.a. hohe Konzentrationen an Kalzium, Eisen und Magnesium sowie von Lycopin, das bereits in der Prostatakrebs-Behandlung und bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen eingesetzt wird.

Prof. Osman Müftüoğlu, der Leibarzt des früheren Präsidenten Süleyman Demirel, hat einen zusätzlichen positiven Effekt der Wassermelonen diagnostiziert: das Weiße der Melonenschale enthält hohe Konzentrationen der – nach der Wassermelone (latein.: *Citrullus vulgaris*) benannten – Aminosäure Citrullin, die wiederum eine erhebliche potenzfördernde Wirkung hat. Trotz all dieser positiven Nachrichten ist allerdings auch schon seit Längerem bekannt, dass übermäßiger Wassermelonenkonsum auch Negativwirkungen haben kann: die Entwicklung einer Fettleber, Steigerung des Blutdrucks und unerwünscht erhöhte Insulinproduktion des Körpers.

Hiervon will sich aber der Bürgermeister der in der Wassermelonenregion gelegenen Stadt Yüreğir nicht abhalten lassen. Die Stadt hat begonnen, Wassermelonen-sirup in größeren Mengen zu erzeugen. Bürgermeister Çelikkan erwartet, dass man so die Überproduktion an Wassermelonen einer sinnvollen Verwendung zuführen und jährlich einen Umsatz von ca. 70 Mio. USD erwirtschaften kann.

Türkischer Immobilienmarkt: Deutliche Preissteigerungen

Der jüngste Bericht des Internationalen Währungsfonds zur Entwicklung an den internationalen Wohnimmobilienmärkten weist für den türkischen Immobilienmarkt einen realen Preisanstieg von 35% im Zeitraum von Ende 2010 bis Mitte 2016 aus. Während die Zahl der veräußerten Immobilien im Jahre 2017 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat stets zugenommen hatte, war sie im Juni 2017 mit 97.579 Objekten erstmals leicht rückläufig. Die starken Migrationsbewegungen der letzten Jahre in die Türkei, z. B. aus dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Syrien, haben den türkischen Immobilienmarkt regional sehr unterschiedlich beeinflusst. Grenznahe städtische Agglomerationen, wie z. B. die südanatolische Millionenstadt Gaziantep, haben – erwartungsgemäß - einen überdurchschnittlichen Preisanstieg zu verzeichnen. Bei den Hausverkäufen entfallen z. B. im Monat Juni 2017 knapp die Hälfte der Transaktionen auf die Metropolis Istanbul, gut 20% auf die Provinz Antalya, während unter den übrigen 81 Provinzen des Landes Bursa, Aydın, Ankara und Muğla mit Anteilen von nur 3-5% folgen. Bei den ausländischen Immobilienkäufern stehen – auch dies erwartungsgemäß – die Bürger arabischer Staaten an der Spitze. Saudi-Arabien liegt mit weitem Vorsprung vor dem Irak

und Kuwait, gefolgt von Bürgern Russlands und Großbritanniens. Auch hier zeigt sich das ungebrochen wachsende Interesse von Investoren aus dem Nahen Osten an Geldanlagen in der Türkei.

„Zitat der Woche“

Es sei „nur natürlich“, dass türkische Schulbücher türkische Schüler lehren, keine Atheisten oder Angehörige anderer Religionen zu ehelichen. Dies entspreche nämlich den Lehren der Religion, der die Bevölkerungsmehrheit folge.

„Ich sage dies nicht – Allah sagt es! Es ist eine der Grundvoraussetzungen für die Eheschließung im Islam: Muslime heiraten Muslime, aber sie können nicht jemanden heiraten, der Allah leugnet. Das ist Teil des Islams: Du kannst nicht Atheisten oder Ungläubige heiraten. Das ist verpflichtend für alle, die glauben, nicht für Nichtgläubige.“

So Alpaslan Durmuş, Vorsitzender des „Ausschusses für Bildung und Erziehung“ (türk.: Talim ve Terbiye Kurulu/TTK), der das türkische Bildungsministerium in sämtlichen Curriculum-Fragen berät, in einer Pressekonferenz am 09. September 2017.